

# **Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie**

Martina Zandonella / Tamara Ehs

Wien, September 2020

## Zusammenfassung

Demokratie beansprucht für alle Bürger\*innen das gleiche Recht auf Teilhabe an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände. Dieses Recht ist nicht nur formal zu verstehen: Dem demokratischen Anspruch genügt es nämlich nicht, dass Bürger\*innen mit gleichen Teilhaberechten ausgestattet sind – auch die Voraussetzungen zur Beteiligung (wie Bildung, Einkommen und gesellschaftliche Anerkennung) müssen gleich verteilt sein. Nun weist die Partizipationsforschung jedoch seit geraumer Zeit darauf hin, dass in vielen Demokratien die gesellschaftliche Position die politische Teilhabe bestimmt: Je mehr sozio-ökonomische Ressourcen Menschen zur Verfügung haben, desto häufiger nehmen sie an Wahlen oder anderen politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen teil.

### **Soziale Ungleichheit und Wahlbeteiligung – ein Thema für Wien?**

Obwohl Wien im internationalen Vergleich und entgegen dem europäischen Trend eine immer noch relativ hohe Wahlbeteiligung hat, ist auch hier die Teilnahme ungleich verteilt: Bezirke in denen viele sozio-ökonomische Ressourcen – hohes Einkommen, geringe Arbeitslosenquote, viele Akademiker\*innen – zusammenkommen, sind Wählerhochburgen. Bezirke hingegen, die über weniger sozio-ökonomische Ressourcen verfügen, liegen auch bei der Wahlbeteiligung auf den hinteren Plätzen. Daran schließt die vorliegende Studie an: Ihr Ziel ist eine tiefere Analyse der Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Wahlbeteiligung in Wien. Die Studie will damit einen evidenzbasierten Beitrag zur Diskussion über die sozio-ökonomische Schieflage unserer Demokratie leisten. Drei Datenquellen liegen ihr zugrunde: Strukturdaten auf kleinräumlicher Ebene, eine repräsentative Befragung von 982 Wiener\*innen und zehn qualitative Interviews.

### **Je prekärer die soziale Lage im Stadtteil, desto weniger Menschen gehen zur Wahl**

Im ersten Schritt wurde möglichen Zusammenhängen zwischen sozialer Ungleichheit und Wahlbeteiligung auf der Ebene von Stadtteilen nachgegangen. Um weiter in die in sich teils sehr heterogenen Bezirke hineinzoomen zu können, wurden Zähl- und Wahlsprengel miteinander verschnitten. Tatsächlich geht bei dieser kleinräumlicheren Betrachtung der Spalt in der Wahlbeteiligung noch einmal weiter auf: Unterschied sich die Wahlbeteiligung zwischen den Bezirken zuletzt um bis zu 15 Prozentpunkte, liegt die Differenz zwischen den Stadtteilen mit der höchsten und jenen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bei bis zu 28 Prozentpunkten. Dafür verantwortlich ist in erster Linie soziale Ungleichheit bzw. die im jeweiligen Stadtteil verfügbaren sozio-ökonomischen Ressourcen. Grundsätzlich gilt:

Je weniger sozio-ökonomische Ressourcen im Stadtteil zusammenkommen, desto weniger Menschen gehen dort zur Wahl. Je mehr Bewohner\*innen im Stadtteil also über maximal Pflichtschulabschluss verfügen, arbeitslos sind, in Berufen mit geringem Prestige arbeiten oder ein geringes Einkommen haben, desto geringer ist die Wahlbeteiligung im Stadtteil. Steigt in einem durchschnittlichen Stadtteil zum Beispiel die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt, sinkt die Wahlbeteiligung um 0,5 Prozentpunkte. Steigt im Gegensatz dazu in diesem Stadtteil das jährliche Durchschnittseinkommen um 1.000 Euro, steigt die Wahlbeteiligung um einen Prozentpunkt an.

### **Soziale Ungleichheit und geringe Wahlbeteiligung verdichten sich zu drei Gruppen von Stadtteilen**

Nun sind sozio-ökonomische Ressourcen nicht unabhängig voneinander: Wo viele arbeitslose Menschen leben, dort ist auch das durchschnittliche Einkommen geringer. In Wien verdichten sich die im Stadtteil verfügbaren sozio-ökonomischen Ressourcen zu drei Gruppen von Stadtteilen, charakterisiert durch eine jeweils spezifische soziale Lage und einer dementsprechenden Wahlbeteiligung: Im „oberen Cluster“ der Stadtteile kumulieren ökonomische Ressourcen, sozialer Status und eine hohe Wahlbeteiligung. In diesen Stadtteilen sind in etwa 20 Prozent aller wahlberechtigten Wiener\*innen zuhause, unter ihnen besonders viele Akademiker\*innen und besonders wenige Erwerbstätige mit geringem Berufsprestige – dementsprechend hoch ist das durchschnittliche Einkommen, während die Arbeitslosigkeit gering ist. Die Wahlbeteiligung in diesen Stadtteilen liegt weit über dem Wiener Schnitt.

Das „mittlere Cluster“ umfasst die Mitte der Wiener\*innen – etwas mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten leben in diesen Stadtteilen und die versammelten sozio-ökonomischen Ressourcen entsprechen ebenso wie die Wahlbeteiligung dem Durchschnitt. Im „unteren Cluster“ treffen geringe ökonomische Ressourcen und ein geringer sozialer Status auf eine ebenso geringe Wahlbeteiligung: Mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Wiener\*innen sind in diesen Stadtteilen zuhause, besonders viele von ihnen gehen einem Beruf mit geringem Prestige nach, die Arbeitslosigkeit ist hoch und das durchschnittliche Einkommen ist gering. Die Wahlbeteiligung in diesen Stadtteilen liegt weit unter dem Wiener Schnitt.

### **Das Zusammentreffen von geringen sozio-ökonomischen Ressourcen und weniger Wahlberechtigten verschärft die Situation weiter**

Hervor sticht außerdem, dass im „unteren Cluster“ deutlich weniger Wiener\*innen wahlberechtigt sind als in den beiden anderen Clustern. Diese Kombination aus geringer Wahlbeteiligung und vielen Nicht-Wahlberechtigten bedeutet, dass 60 Prozent der Bewohner\*innen des „unteren Clusters“ in den Institutionen der repräsentativen Demokratie nicht

vertreten ist. Die auf sozio-ökonomischen Ressourcen basierende politische Ungleichheit spitzt sich in diesen Stadtteilen also durch den Ausschluss ausländischer Staatsbürger\*innen vom Wahlrecht weiter zu.

### **Die soziale Ungleichheit der drei Stadtteil-Cluster spiegelt sich in der Wahrnehmung der Wiener\*innen**

Die Erkenntnis, dass die in einem Stadtteil zusammenkommenden sozio-ökonomischen Ressourcen die Wahlbeteiligung in diesem Stadtteil bestimmen, ist zentral. Bei der Frage, wer nicht zur Wahl geht bzw. warum viele Wiener\*innen nicht zur Wahl gehen, hilft sie jedoch nur bedingt weiter. Ein Wechsel von der räumlichen Ebene der Stadtteile auf die individuelle Ebene der Wiener\*innen ist nötig – in einer repräsentativen Erhebung haben wir 981 (?) von ihnen befragt.

Festgehalten werden kann, dass sich die soziale Ungleichheit der drei Stadtteil-Cluster in der Wahrnehmung der Wiener\*innen wiederfindet: Die Mehrzahl der Bewohner\*innen des „unteren Clusters“ verortet sich selbst in der unteren Schicht, der Arbeiterschicht oder der unteren Mittelschicht. Im Gegensatz dazu sieht die überwiegende Mehrheit der Wiener\*innen im „oberen Cluster“ sich selbst als Teil der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht. Diese gesellschaftliche Positionierung schließt eng an die sozio-ökonomischen Ressourcen der Wiener\*innen an, sie beruht also einerseits auf ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Andererseits geht es dabei immer auch um die Teilhabe an Wertschätzung und Anerkennung: Rund die Hälfte der Wiener\*innen im „unteren Cluster“ denkt beispielsweise, dass ihre Arbeit von der Gesellschaft nicht wertgeschätzt wird.

### **Je prekärer die soziale Lage der Wiener\*innen, desto seltener gehen sie zur Wahl**

Dies geht an ihrer Einstellung zum politischen System und an ihrer politischen Beteiligung nicht spurlos vorüber: Geringere formale Bildungsabschlüsse, geringere finanzielle Ressourcen in Form von Einkommen und Vermögen, Arbeitslosigkeit sowie die Selbstverortung in den unteren Etagen der Gesellschaft haben wesentlichen Anteil daran, dass diese Wiener\*innen seltener an Wahlen teilnehmen. Wie stark dieser Effekt ist, veranschaulicht der Vergleich zwischen „Oben“ und „Unten“:

Wiener\*innen mit zahlreichen ökonomischen Ressourcen und hohem sozialen Status verfügen über höhere formale Bildungsabschlüsse und ihre finanzielle Sicherheit ist über hohe Einkommen und bestehendes Vermögen mehr als gewährleistet. Auch sie selbst verorten sich in der oberen Mittelschicht bzw. der Oberschicht. Diese Wiener\*innen – typische Bewohner\*innen des „oberen Clusters“ – werden mit einer Wahrscheinlichkeit von 98% an der nächsten Wien-Wahl teilnehmen.

Steigen wir ein paar gesellschaftliche Stockwerke tiefer, sind nicht nur die sozio-ökonomischen Ressourcen gering und die soziale Lage vielfach prekär. Auch die Wahrscheinlichkeit, an der nächsten Wien-Wahl teilzunehmen, wird immer geringer. So haben Wiener\*innen ohne Arbeit und ohne Vermögen, mit noch durchschnittlichem Einkommen und einer Selbstverortung in der Arbeiterschicht eine Teilnahmewahrscheinlichkeit von 51%. Sinkt das Einkommen dieser Wiener\*innen weiter und fallen sie unter die Armutgefährdungsschwelle, sinkt auch ihre Teilnahmewahrscheinlichkeit auf nur mehr 30%.

### **Ungerechtigkeitsempfinden als Quelle für politische Beteiligung?**

Rund die Hälfte der Wiener\*innen im „unteren Cluster“ empfindet die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands als ungerecht. Nun ist Ungerechtigkeitsempfinden eine jener Quellen, aus der politische Beteiligung entstehen kann. Für die Wiener\*innen im „unteren Cluster“ gilt dies jedoch nicht – ihnen fehlt eine notwendige Voraussetzung für das Umsetzen einer Ungerechtigkeitsempfindung in eine politische Handlung: die Überzeugung, mit dieser politischen Handlung auch etwas bewirken zu können.

### **„Meine Stimme zählt nicht“ ist die Folge von sozio-ökonomisch geprägten Erfahrungen innerhalb des demokratischen Systems**

Das Vertrauen in die Demokratie und die Überzeugung, durch politische Beteiligung die Politik beeinflussen zu können, basieren auf der Gesamtheit all jener Erfahrungen, die Menschen mit dem demokratischen System und als Teil dieses Systems machen. Welcher Art diese Erfahrungen sind, ist wiederum abhängig von der sozialen Lage der Menschen – dies zeigen, neben der repräsentativen Erhebung, allen voran die durchgeführten qualitativen Interviews mit Wiener\*innen aus dem „unteren Cluster“.

Die Kluft zwischen den Nichtwähler\*innen und dem politischen System ist groß. An der Oberfläche äußert sie sich beispielsweise darin, dass Wiener\*innen umso seltener die Möglichkeit haben, mit Politiker\*innen zu sprechen, je geringer ihre sozio-ökonomischen Ressourcen sind. In der Tiefe betrifft sie menschlichen Grundbedürfnisse wie jenes nach Wertschätzung und Anerkennung: Die überwiegende Mehrzahl der Wiener\*innen im „unteren Cluster“ fühlt sich von der Politik zu Menschen zweiter Klasse degradiert.

Diese Empfindung basiert auf vielfachen, teils lebenslangen Erfahrungen von Ausschluss, Ungleichwertigkeit und Ungleichbehandlung. Hierbei geht es um vorenthaltene Teilhabe an ökonomischer Sicherheit und gesellschaftlicher Anerkennung, um Nicht-gehört-Werden, Entwürdigung und Verachtung. Besonders starke negative Auswirkungen auf die politische Beteiligung der Wiener\*innen mit geringeren sozio-ökonomischen

Ressourcen haben dabei entwürdigende Erfahrungen, die sie beim Zusammentreffen mit Ämtern und Behörden berichten.

Als ebenfalls staatlicher Institution kommt der Schule eine besondere Rolle in Zusammenhang mit Demokratielernen zu. Jedoch auch hier werden bestehende Ungleichheiten eher fortgeführt denn ausgeglichen: Politische Bildung kommt bei jenen jungen Wiener\*innen, die mit mehr sozio-ökonomischen Ressourcen ausgestattet sind, direkt an – sie lernen nicht nur (über) Demokratie, sondern erfahren sich bereits in der Schule als ein wirksamer Teil von ihr. Im Gegensatz dazu fühlen sich die jungen Wiener\*innen aus den unteren Etagen der Gesellschaft von politischer Bildung wenig angesprochen und es überwiegt der Eindruck, dass hier etwas vermittelt wird, von dem sie selbst nicht Teil sind. Positive Erfahrungen mit Demokratie und die Wirksamkeit von Beteiligung erfahren diese jungen Wiener\*innen häufiger in ihren Ausbildungsbetrieben.

Betriebliche Demokratie spielt für die Inklusion in das politische System insgesamt eine wichtige Rolle: Haben die Wiener Arbeitnehmer\*innen mit geringen sozio-ökonomischen Ressourcen eine Betriebsrat und können sie bei Entscheidungen im Unternehmen mitbestimmen, ist ihr Vertrauen in das politische System höher und sie beteiligen sich auch häufiger an Wahlen. Das Gegenteil trifft zu, wenn die Wiener\*innen in Betrieben arbeiten, in denen das Arbeitsrecht nicht eingehalten wird: Die Erfahrung, dass auf demokratischem Weg festgelegte Rechte für sie nicht gelten, mindert ihr Vertrauen in das politische System und verringert ihre politische Beteiligung.

### **Soziale Ungleichheit übersetzt sich in politische Ungleichheit – auch in Wien**

Die Ergebnisse der durchgeführten Studie sind eindeutig: Sozio-ökonomische Ressourcen bestimmen die Erfahrungen der Menschen mit dem politischen System und diese Erfahrungen entscheiden über ihr Vertrauen in die Demokratie und in die Wirksamkeit von Beteiligung. Bei den Wiener\*innen mit geringen sozio-ökonomischen Ressourcen münden fehlende Teilhabe an finanzieller Sicherheit und gesellschaftlicher Anerkennung sowie negative Erfahrungen mit den Institutionen des Staates im Gefühl, nicht Teil des Systems oder kein gleichwertiger Teil in diesem System zu sein. Daran schließt die Überzeugung an, dass politische Beteiligung nichts ändert, weil innerhalb des bestehenden Systems kein Interesse an einer Veränderung besteht. Nicht an Wahlen (oder anderen demokratischen Beteiligungsformen) teilzunehmen, ist an dieser Stelle nur mehr eine logische Folge.

Der sozialen Ungleichheit folgt damit auch in Wien politische Ungleichheit, denn ob die Wiener\*innen ihre Anliegen in den politischen Prozess

einbringen bzw. einbringen können, ist abhängig von ihren sozio-ökonomischen Ressourcen. Soziale Ungleichheit übersetzt sich daher in politische Ungleichheit, weil sie ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen entmutigt, sich einzubringen. Daraus entsteht eine Wirkungskette von sozio-ökonomischer Ungleichheit, ungleicher politischer Beteiligung und politischen Entscheidungen zu Gunsten derer, die mitwirken, denn: Wer bereits über mehr Kapital im Sinne von Einkommen, Vermögen, formaler Bildung oder Berufsprestige verfügt, kann diesen Vorteil auch noch in politischen Ertrag übersetzen. Diese verzerrte politische Repräsentation untergräbt das Prinzip politischer Gleichheit und entzieht Gruppen mit weniger sozio-ökonomischen Ressourcen die Teilhabe an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände.

### **Demokratie – quo vadis?**

Auch in Wien wird sich der Trend der letzten dreißig Jahre – zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, Anstieg von Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit – nicht nur fortsetzen, sondern im Zuge der Corona-Pandemie verschärfen. Zwar fängt der österreichische Sozialstaat immer noch viele Risiken auf, indem er Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter weitgehend dekommodifiziert. Doch das Sozialeigentum – und damit die Anrechte auf soziale Sicherungsleistungen, Pensionen, öffentliche Güter und Dienstleistungen – ist in den vergangenen Jahren geschrumpft. Damit einher ging ein dominierender politischer Diskurs, der die Empfänger\*innen dieser Sicherungsleistungen abwertet, ausgrenzt und für ihre Situation ausschließlich selbst verantwortlich macht. Auch die zu Beginn der Corona-Pandemie kurz aufgeflamnten Diskussionen über Vermögenssteuern, ein höheres Arbeitslosengeld, eine Einkommenserhöhung für gering bezahlte „systemrelevante“ Arbeit oder eine Jobgarantie sind bislang nicht über die (außerparlamentarische) Opposition hinaus gekommen.

Als Folge dieser Entwicklungen wird auch der sozio-ökonomische Spalt des Nichtwählens weiter aufgehen. Werden jedoch hauptsächlich die ressourcenstarken Stimmen gehört, geht das Recht nicht mehr vom Volk bzw. von einem repräsentativen Querschnitt des Volkes, sondern nur mehr von einem exklusiven Teil davon aus. Die durchgeführte Studie bestätigt, dass weder rechtliche Gleichheit allein noch die bloße Ausweitung des Beteiligungskataloges zu mehr politischer Beteiligung führen, denn diese beruht weniger auf Freiwilligkeit denn auf sozio-ökonomischen Prämissen. Daher geht es vielmehr darum, der (zunehmenden) sozio-ökonomischen Ungleichheit entgegen zu wirken, um (wieder) mehr Menschen in demokratische Prozesse einzubinden. Die entscheidenden Faktoren für politische Partizipation sind ökonomische und soziale Sicherheit: formale Bildung, Einkommen, ein gesicherter Arbeitsplatz und gesellschaftliche



Anerkennung. Politik, die mehr Menschen (wieder) gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, stärkt die Demokratie.